



Roma-Treffen
c/o Romane Aglonipe e.V.
Roma in Niedersachsen
Djevdet Berisa
fon 01520 – 2789399
romane.aglonipe@gmx.net
<http://romatreffen.wordpress.com>

**An die Senatoren und Minister des Inneren
der Bundesländer und der Bundesrepublik Deutschland
sowie an die Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag**

2. Dezember 2009

APPELL: Für ein Leben in Sicherheit und Würde

Die Roma-Treffen appellieren - gemeinsam mit Wohlfahrtsorganisationen, den grossen Kirchen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen sowie Organisationen der Sinti und Roma in Deutschland - an die Landesregierungen und die Bundesregierung sowie alle politisch Verantwortlichen im Bundestag und den Landtagen:

- Schaffen Sie umgehend einen sicheren Aufenthalt für Roma-Flüchtlinge, insbesondere aus dem Kosovo, in Deutschland, die zum Teil seit mehr als 10 Jahren geduldet hier leben!
- Sehen Sie angesichts der unsicheren Sicherheitslage und der prekären Lebensbedingungen in den Ländern des westlichen Balkan, insbesondere des Kosovo, von der Abschiebung von Roma-Flüchtlingen, insbesondere nach Kosovo, ab und ermöglichen Sie den Flüchtlingen einen dauerhaften Aufenthalt hier!

Der 1. Roma-Kongress der Europäischen Kommission vom 16.09.2008 in Brüssel forderte von allen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten konkrete Schritte zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Roma. Auch Deutschland muss seiner Verantwortlichkeit dafür nachkommen.

Eine Abschiebung der Roma-Flüchtlinge aus Deutschland ist aus humanitären Gründen nicht hinnehmbar. Roma-Kinder und -Jugendliche sind hier aufgewachsen oder geboren, sie haben hier die Schule besucht und sind hier groß geworden. Sie sind in Deutschland zu Hause, nicht in den Ländern des westlichen Balkan oder dem Kosovo. Eine Abschiebung bedeutet für die eine erhebliche Gefährdung des Kindeswohls und eine Beschädigung ihrer Persönlichkeit.

Angesichts der unsicheren Sicherheitslage und der prekären Lebensbedingungen besonders im Kosovo würden Roma-Flüchtlingen ins Niemandsland ausgewiesen. Der überwiegende Teil ihrer Häuser, Siedlungen und Wohnungen wurde zerstört und besetzt. Nach Angaben der Gesellschaft für bedrohte Völker sind 70 von 75 Siedlungen unbewohnbar (GfbV, 15.10.09). Nur der Aufbau eines einzigen der zerstörten Stadtteile und Dörfer, der Roma-Mahala in Süd-Mitrovica, wurde begonnen.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums sind mehr als 14.000 geduldete Flüchtlinge aus dem Kosovo in Deutschland registriert (SZ, 14.10.09 lt. Ausländerzentralregister, Stichtag 30.06.2009), davon fast 10.000 Roma. Bis zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008 waren sie durch die Position der Interimsverwaltung UNMIK faktisch geschützt, die wegen der unsicheren Lage von Minderheiten-Angehörigen keiner Abschiebung zustimmte. Seit Sommer 2009 erteilen die Ausländerbehörden nun an Roma-Familien die Aufforderung, Deutschland freiwillig zu verlassen, andernfalls abgeschoben zu werden, besonders in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

Seit Frühjahr 2009 liegt eine „Rückübernahme-Vereinbarung“ zwischen der neuen kosovarischen Regierung und der Bundesregierung vor, die allerdings noch im kosovarischen Parlament ratifiziert werden muss. Kosovo erklärt sich darin bereit, alle ehemaligen Bewohner der Region aufzunehmen, mit der Einschränkung, dass pro Jahr nicht mehr als ca. 2.500 Personen kommen sollten, um die prekäre soziale und politische Lage nicht zu gefährden.

Ob Minderheiten-Angehörige nach Kosovo zurückgeschickt werden dürfen, hängt neben individuellen und humanitären Aspekten u.a. von der Lagebewertung ab, die vom Auswärtigen Amt erstellt wird. Derzufolge habe der Kosovo Fortschritte in puncto Sicherheit und Minderheitenschutz gemacht. Einer „Rückführung“ stehe also nichts im Wege. Aber die Lagebewertung des Auswärtigen Amtes stammt aus dem Frühjahr 2009.

Seit dem Februar 2009 liegen neue Bewertungen der Entwicklung im Kosovo vor, die vor zwangsweisen Rückführungen warnen:

- Das Hohe Flüchtlingskommissariat der UN, UNHCR, bekräftigt die „andauernde Schutzbedürftigkeit von Personen aus dem Kosovo“ und hat der Innenministerkonferenz bereits im Mai 2009 mitgeteilt, „dass die Sicherheitslage von Roma im Kosovo nach wie vor unsicher ist... Aus UNHCR-Sicht mangelt es über Verfolgungsgefahren hinaus an den notwendigen Rahmenbedingungen für eine Rückkehr in Sicherheit und Würde. Dies ist insbesondere auf die vorherrschenden sozioökonomischen Verhältnisse im Kosovo zurückzuführen, die dazu führen, dass grundlegende Menschenrechte, namentlich in den Bereichen Arbeit, Ausbildung, Registrierung sowie Gesundheits- und Wohnungswesen für u.a. Roma nicht garantiert werden.“ (UNHCR-Mitteilung, 18.05.09)
- Die Expertengruppe für Roma des Europarates erklärte am 01.07.09 zur Rückkehr von Roma nach Kosovo und Süd-Ost-Europa, dass Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge eine reale Möglichkeit zur Rückkehr erhalten sollten, angesichts der „fragilen Sicherheitslage“ aber jeder Asylantrag sorgfältig und in einem fairen Verfahren zu prüfen sei. Eine Rückkehr sollte vorrangig freiwillig stattfinden, in Übereinstimmung mit Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates (1999).
- Der EU-Menschenrechts-Kommissar, Thomas Hammarberg, legte einen ausführlichen Bericht zum Kosovo vor (Straßburg, 02.07.2009). Darin erklärt er u.a., dass Kosovo weder über die Mittel noch Kapazitäten verfüge, zwangsweise Abgeschobene in Sicherheit und Würde aufzunehmen. Er plädiert dafür, dass freiwillige Rückkehr an erster Stelle stehen müsse und gefördert werden sollte. Viele der zwangsweise Abgeschobenen erhielten keine Hilfe durch kosovarische Behörden und seien heimatlos. Hammarberg appelliert an die europäischen Regierungen, keine zwangsweisen Abschiebungen durchzuführen und für einen sicheren Aufenthalt der Flüchtlinge aus dem Kosovo zu sorgen.
- Die Europäische Kommission legte am 14.10.09 ihre Fortschrittsberichte für die Länder des westlichen Balkan vor. Der Bericht zum Kosovo bestätigt einerseits „die europäische Perspektive“ für das Land, stellt aber fest, dass „nur eine gut funktionierende öffentliche Verwaltung, ein nicht korruptes Justizsystem, sowie freie Medien das Vertrauen der Bevölkerung in diese Institutionen zurück(bringen)“ (Pressemitteilung 14.10.09).
- Die bundesweite Arbeitsgruppe für Flüchtlinge, Pro Asyl, veröffentlichte am 15.10.09 die Ergebnisse einer Recherche, bei der Dr. Dünnwald im August 2009 abgeschobene Roma im Kosovo zu ihrer Situation befragte und Informationen zur Sicherheitslage sammelte. Demnach leben Abgeschobene in äußerst prekären Verhältnissen: „Die Sicherheitslage für Roma ist weiterhin als nicht-stabil einzuschätzen“. So wurden Roma-feindliche Attacken im Sommer bisher nicht aufgeklärt (Presseerklärung Pro Asyl, 15.10.09).

Angehörige der Roma-Minderheit brauchen weiterhin internationalen Schutz.

Die von den Innenministerien angebotenen finanziellen Hilfe für Rückkehrer, einige Hundert Euro pro Erwachsenem, sowie Hilfe bei der Arbeits- und Wohnungssuche durch das deutsche Verbindungsbüro in Pristina (SZ, 14.10.09), sind angesichts der gut dokumentierten Gesamtsituation im Kosovo kaum mehr als ein vages Versprechen.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat schon 2007 im Bundestag gefordert, das Gespräch mit den Roma zu suchen, um eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen. Die Kooperation mit Roma-Organisationen bei der sozialen und kulturellen Aufnahme der Roma-Familien kann dazu beitragen, die in Deutschland zu lösenden sozialen und kulturellen Fragen zu bearbeiten:

Für ein Leben in Sicherheit und Würde! Sicheres Aufenthaltsrecht jetzt!